

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 18. März 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-03-0018

Gesamtbelastungsstudie / Immissionskataster Rheinschiene

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.02.2014

- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 13.02.2014

Überweisungsbeschluss der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13.02.2014

Die Emission von Luftschadstoffen beeinflusst unmittelbar die Lebensqualität eines Großteils der Wiesbadener Bevölkerung. Insbesondere entlang der Rheinschiene sind die Belastungen relativ hoch. Dort sind Betriebe mit hohen Emissionen angesiedelt. Es handelt sich um Chemie-, Kraft- und Zementwerke sowie Verbrennungs-, Klär- und Abfallbehandlungsanlagen. Hinzu kommen stetig wachsende Emissionen, induziert durch den Ausbau bzw. die Neuansiedlung von Anlagen sowie aus dem motorisierten Verkehr.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für erforderlich, Strategien zu entwickeln, die über Maßnahmen zur Vermeidung konkreter schädlicher Umwelteinwirkungen an einzelnen Anlagen hinausgehen und eine gebietsbezogene Gesamtbetrachtung der Immissionssituation sowie ihrer gesundheitlichen Auswirkungen auf den Menschen ermöglichen.

Als ersten Schritt dazu fordern wir die Erstellung eines örtlichen Immissionskatasters für die südlichen, am Rhein gelegenen Ortsbezirke. Dazu bietet sich folgende Vorgehensweise an:

Die im Rahmen von Genehmigungsverfahren und der Planung von neuen oder der Erweiterung von bestehenden Industrie- und Gewerbeanlagen prognostizierten Schadstoff- und Geruchsbelastungen sind mit denen im Emissionskataster bereits vorhandenen Daten zu verknüpfen und in einer gebietsbezogenen Immissionsprognose darzustellen, in denen die Luftqualität insgesamt simuliert werden kann.

Unter Berücksichtigung der Ausbreitungsbedingungen (Topografie, Umgebungsbebauung, meteorologische Einflüsse, Windstatistik, Inversionslagen u.a.) wäre es dann möglich, im Konkreten die lokalen Immissionsbelastungen kleinräumig zu ermitteln und in einem Immissionskataster darzustellen.

Eine länderübergreifende Arbeitsgruppe aus Rheinland-Pfalz und Hessen könnte in diesem Zusammenhang alle Fragestellungen der Luftreinhaltung aus Gewerbe- und Industrieanlagen sowie dem Kfz-Verkehr zielführend erörtern.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wären die Basis zur Erstellung einer Gesamtbelastungsstudie, die bei zukünftigen Planungen zur Beurteilung der jeweiligen örtlichen Immissionsverhältnisse herangezogen werden könnte. Fehlentwicklungen, wie z. B. eine Überschreitung vorgegebener Immissionswerte durch die Zulassung neuer Anlagen, könnte so wirkungsvoll entgegengesteuert werden.

Ziel sollte die Schaffung und Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität im Einklang mit der Strategie einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit sein. Dies ist ein

notwendiger Schritt zur Erreichung einer Luftqualität, die keine erheblichen negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt hat und keine entsprechenden Gefahren verursacht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1.) die Erstellung eines Immissionskatasters für die südlichen, am Rhein gelegenen Ortsbezirke der Landeshauptstadt Wiesbaden zu veranlassen.

2.) die Hessische Landesregierung zu bitten, in Zusammenarbeit mit dem Land Rheinland-Pfalz die Voraussetzungen zu schaffen, um eine Immissions-Gesambelastungsstudie der Wiesbadener/Mainzer Rheinschiene zu erstellen.

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2014 zum TOP I / 6 (Gesambelastungsstudie / Immissionskataster Rheinschiene)

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Beschlussgegenstand 1) wird ersetzt durch:

1.) zu berichten, ob aktuelle Erkenntnisse zur Immissionsbelastung für die südlichen, am Rhein gelegenen Ortsbezirke der Landeshauptstadt Wiesbaden vorliegen.

Beschluss Nr. 0040

1. Durch die mündlichen Ausführungen des Magistrats - Herrn Mengden- wird der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD erledigt.
2. Der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen ist eingebracht.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2014

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2014

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister